

FDP Bremen – Faulenstr. 38 – 28195 Bremen

Herbert Junk
Landesarbeitsgemeinschaft
Erziehungsberatung Bremen

Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2023 Landesarbeitsgemeinschaft Erziehungsberatung Bremen

Sehr geehrter Herr Junk,

Bremen, 25. April 2023

Marcel Schröder
Kreisvorsitzender FDP
Bremen Mitte/West
Kandidat für die Bremische
Bürgerschaft (Listenplatz 2)
Vorsitzender LFA Innen &
Recht

m.schroeder@fdp-bremen.de
www.marcel Schroeder.com

T: 0173 6459682

vielen Dank für Ihre Fragen, die wir nachfolgend gerne beantworten. Wir haben am 25. Februar 2023 unser Wahlprogramm beschlossen. Sie finden es unter www.fdp-bremen.de. Zugleich beantwortet das Wahlprogramm der FDP nicht alle Ihre Fragen. Die Antworten entsprechen dem, was wir in der Vergangenheit vertreten haben, was wir vorhaben und in Zukunft vertreten wollen. Geben Sie uns gerne Feedback, wenn Ihnen noch etwas fehlt.

1. Erziehungsberatung ist kostengünstig und nachweisbar effektiv. Trotzdem ist Bremen eins der Länder mit der niedrigsten Personalquote pro Kindern und Jugendlichen in den Beratungsstellen. Wie positionieren Sie sich zu diesem Umstand?

Wir sehen, dass es gerade in der sozialen Lage vieler Bremer und Bremerhavener Familien ausreichend Angebote an Erziehungsberatung geben sollte. Daher wollen wir Sozialleistungen zusammenfassen und entbürokratisieren, damit Sozialaufgaben weniger für das Verwalten draufgehen, sondern mehr für die konkrete Arbeit.

2. Wo verortet Ihre Partei Erziehungsberatung im Kontext der Hilfen zur Erziehung?

Erziehungsberatung muss einerseits vom Jugendamt und andererseits durch frei-gemeinnützige Organisationen und ergänzend durch weitere professionelle Akteurinnen und Akteure wie Therapeutinnen und Therapeuten angeboten werden. Der Staat sollte dabei unseres Erachtens subsidär tätig sein und andererseits sich die Fähigkeit erhalten qualifiziert über die richtigen Angebote für konkrete Konstellationen zu entscheiden und die Leistungen der Anbietenden zu beurteilen.

3. Die Wartelisten in den Beratungsstellen betragen mehrere Monate. Wie kann sichergestellt werden, dass Beratung kurzfristig und wohnortnah verfügbar ist und mehr Bremer Familien die Unterstützung durch Erziehungs- und Familienberatung nach §28 SGB VIII in Anspruch nehmen können?

Hier gilt es das Angebot bedarfsgerecht auszubauen und Wartelisten qualifiziert zu strukturieren, so dass Krisenfälle kurzfristig die nötige Beratung bekommen. Auch sollte dies erfolgen, damit die Probleme sich während der Wartezeit nicht noch verschlimmern. Angesichts des Fachkräftemangels in dem Sektor, wird es aber dauern, bis das Angebot entsprechend ausgebaut werden kann. Leider wurde hier erst zu spät gegengesteuert und leider wurden erst jetzt entsprechende Studienangebote im Studiengang Soziale Arbeit an den Hochschulen ausgeweitet bzw. eingerichtet. Für weniger Beratungsintensive Fälle sollten mehr Kurzberatungen durchgeführt werden.

4. Die verschiedenen in der Leistungsbeschreibung der Beratungsstellen genannten Aufgabenbereiche können auf Grund der zu geringen Stellen im Bremer Stadtgebiet aktuell in der Praxis nicht vollumfänglich angeboten werden. Welche Ideen hat Ihre Partei, wie mit diesem Zustand umgegangen werden soll?

Wir halten es für angebracht eine bedarfsgerechte Stellenausstattung zu schaffen und die Stellen nach Möglichkeit auch zu besetzen. Zudem sollten die Leistungsbeschreibungen evaluiert werden, um ein angemessenes Angebot zu schaffen.

5. 2024 findet in Bremen die Wissenschaftliche Jahrestagung der bke statt, wesentlich organisiert von den Mitarbeitenden der Erziehungsberatungsstellen als Mitglieder der LAG. Wie sieht aus Ihrer Sicht die sinnvolle Unterstützung durch die Stadt Bremen als öffentlichen Träger der Beratungsstellen aus?

Derartige Tagungen dienen der Weiterentwicklung und Qualitätsentwicklung der Arbeit. Wenn die frei-gemeinnützigen Träger solche bundesweiten Tagungen organisieren ist es zunächst ihre Aufgabe

diese zu finanzieren. Zugleich sollten die Städte und Länder in denen solche Tagungen stattfinden dies flankierend unterstützen.

6. Wissen über und Zugang zu Beratungsangeboten gestalten sich für Zugehörige verschiedener Gruppen unterschiedlich schwierig. Welche Ideen hat Ihre Partei konkret, um struktureller Benachteiligung zu begegnen?

Dort wo die Gesellschaft in regelmäßigem Kontakt mit Erziehenden und Kindern und Jugendlichen kommt muss das Wissen über die Angebote vorhanden sein, auf diese und die Chancen, die in Beratung liegen hingewiesen werden. Damit kommt Schulen, Schulsozialarbeit, ReBuz und Kindertageseinrichtungen eine besondere Rolle dabei zu, Zugänge in das Beratungssystem aufzuzeigen. Auch sollten alle Kinderärztinnen und -ärzte, Therapeutinnen und Therapeuten die Beratungsangebote kennen und Zugänge ins Beratungssystem weisen bzw. eröffnen können. Wir sind der Auffassung, dass es einer besseren lokalen Vernetzung bedarf.